AStA
TU KAISERSLAUTERN

# Ministerratsbeschluss nicht mehr als ein Prüfauftrag

Allgemeiner Studierendenausschuss der TU Kaiserslautern

16. April 2019

## 1 Ausgangslage

Mit einer Stellungnahme zu einer möglichen Fusion der TU Kaiserslautern und dem Standort Landau der Universität Koblenz-Landau äußerte sich der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) am 22. Januar erstmals öffentlich zu diesem Thema. Dabei wurde sich mit möglichen Auswirkungen auf die Studiengänge, das Lehramtsstudium, die Reputation und Forschungsstärke sowie die Ausstattung durch Landesmittel auseinandergesetzt. Die Stellungnahme schließt mit sechs Forderungen, die auch weiterhin Bestand haben.

### 1.1 Beschluss des Ministerrats

Ohne einen Austausch mit den betroffenen Statusgruppen beschloss der Ministerrat unter dem Tagesordnungspunkt Stand und Perspektiven der Universitäten in Rheinland-Pfalz am 12. Februar, den Universitätsstandort Koblenz der Universität Koblenz-Landau zu verselbständigen und den Standort Landau mit der TU Kaiserslautern zusammenzuführen. Der AStA hätte sich im Vorfeld dieser Entscheidung gewünscht, dass ergebnisoffen die Chancen und insbesondere Risiken einer solchen Strukturveränderung analysiert worden wären, nicht nur mit Blick auf die beteiligten Universitätsstandorte, sondern auch perspektivisch vor dem Hintergrund der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Region sowie der finanziellen Möglichkeiten des Landes.

### 1.2 Entwicklungen auf dem Campus

Mit dem Beschluss der Landesregierung hat an der Technischen Universität eine intensive Diskussion über die vom Ministerium angestrebte Zusammenführung begonnen, sowohl innerhalb der universitären Gremien als auch unter den Universitätsangehörigen auf dem Campus selbst. Der Senat der Universität forderte, den Ministerratsbeschluss auszusetzen und einen ergebnisoffenen Prozess zu starten, in dem von den betroffenen Universitätsstandorten mögliche Problemfelder identifiziert werden. Erst nach einer einvernehmlichen Klärung künftiger Strukturen und deren Finanzierung könne über weitere Schritte nachgedacht werden. Das Niveau in den Bereichen Studium, Lehre, Forschung und Technologieentwicklung dürfe dabei nicht beeinträchtigt, die fachliche Breite nicht eingeschränkt werden. Abseits der Gremien formierte sich Protest in der Gruppe emeritierter Professoren der Universität, die sich durch verschiedene offene Briefe öffentlichkeitswirksam gegen die Pläne des MWWK wandten. Eine Unterschriftenaktion von Studierenden wurden von mehr als 1.300 Personen unterzeichnet. Die Petition fordert eine Revision der Ministerratsentscheidung sowie eine Diskussion um die Vor- und Nachteile einer Fusion.

## 1.3 Politische Entwicklungen

Sowohl der Landtag, in jeweils aktuellen Debatten, als auch der Stadtrat Kaiserslautern haben sich dem Thema einer Neuordnung der Universitätslandschaft angenommen. Nach einer Sondersitzung des Stadtrats mit Expertenanhörung zu diesem Sachverhalt folgte eine Resolution in der unter anderem gefordert wird, dass ein Gesetzentwurf zur TU Kaiserslautern und dem Standort Landau erst dann eingebracht und behandelt werden darf, wenn beide Akteurinnen über die darin festgeschriebenen Modalitäten eine Übereinkunft erzielt haben. In der aktuellen Debatte des Landtags eine Woche nach dem Beschluss der Landesregierung sprachen sich alle Landtagsfraktionen dafür aus, dass die betroffenen Standorte aus einer Neugliederung gestärkt hervorgehen müssen. Aus den Reihen der Opposition wurde dabei Kritik an der bisher fehlenden Einbindung der der universitären Vertretungen geäußert und eine für die Umstrukturierung notwendige Bereitstellung finanzieller Mittel gefordert. Auf der Plenarsitzung am 29. März wurde sich in einer aktuellen Debatte unter dem Titel „Geplante Neuordnung [. . . ] vor dem Scheitern“ auf Antrag der CDU-Fraktion, die eine Fusion zwischen der TU Kaiserslautern und dem Universitätsstandort Landau vor dem derzeitigen Hintergrund entschieden ablehnt, erneut mit der Thematik auseinandergesetzt. Die SPD-Fraktion bekundete ihren Willen, die etwa vom Stadtrat Kaiserslautern, aber auch dem Senat geforderte Einvernehmlichkeit zwischen TU und dem Standort Landau zu respektieren und erst dann einen Gesetzentwurf im Landtag zu behandeln, wenn diese vorliegt.

## 1.4 Umfrage zur geplanten Zusammenführung

Die grundsätzliche ablehnende Haltung gegenüber der Entscheidung der Landesregierung im öffentlichen Diskurs findet sich auch in einer ersten Umfrage des AStA wieder, die die Stimmung auf dem Campus fundiert in Zahlen festhält. Der AStA hat im Zeitraum vom 13. bis 26. März eine Online-Umfrage zur geplanten Zusammenführung mit dem Universitätsstandort Landau durchgeführt. Erste Ergebnisse liegen nun vor: Mehr als 70 Prozent der Teilnehmenden äußerten darin, dass sie sich stark für die Thematik interessieren. Knapp 50 Prozent fühlen sich davon mindestens stark betroffen. Die allseits geäußerte Kritik am Entscheidungsprozess des MWWK spiegelt sich auch in dieser Umfrage wider. 27 Prozent sind mit der Kommunikation des Ministeriums in dieser Angelegenheit unzufrieden, 66 Prozent sogar sehr unzufrieden. Der Erhalt der Reputation in Forschung und Lehre sowie die Befürchtung, dass diese verloren geht, der Abschluss an der TU Kaiserslautern damit weniger wert sein wird und auch das Ausbildungsniveau sinkt, stellen nach Meinung der Befragten die wichtigste Forderung bzw. die größten Risiken bei einer Zusammenführung dar. Für mehr als 80 Prozent überwiegen die Risiken gegenüber möglichen Chancen einer Zusammenführung mit dem Standort Landau. Gleichsam sprechen sich mehr als drei Viertel der Teilnehmenden stark gegen eine Zusammenführung aus.

Die Entwicklungen auf dem Campus und insbesondere das Ergebnis der Umfrage sprechen für sich. Vor dem Hintergrund einer fehlenden Kommunikation mit den betroffenen Statusgruppen, nur diffus skizzierten Plänen zur Umsetzung der angestoßenen Neuordnung der Hochschullandschaft sowie nur unzureichend zugesagten finanziellen Mitteln für eine in diesem Prozess anstehende Umstrukturierung der betroffenen Universitäten, kann und darf die überwiegend ablehnende Haltung der Angehörigen der TU Kaiserslautern nicht auf Verwunderung stoßen. Dass die Abgeordneten in Stadt und Land diese Stimmung bei ihren Entscheidungen entsprechend berücksichtigen, ist nur folgerichtig.

# 2 Forderungen des AStA

Der AStA kann den Beschluss des Ministerrats über die Zusammenführung der TU Kaiserslautern mit dem Universitätsstandort Landau mit Blick auf die unter den Studierenden vorherrschend Meinung allenfalls als einen Prüfauftrag verstehen. Vor diesem Hintergrund fordert der AStA einen

wissenschaftsgeleiteten Prozess, der die Risiken und Chancen einer solchen Strukturänderung für die betroffenen Standorte, die Region und die Universitätslandschaft Rheinland-Pfalz insgesamt herausarbeitet, damit Fakten den Weg für eine rationale Entscheidung in dieser Angelegenheit bereiten. Alles andere wäre einer Universität nicht würdig. Die betroffenen Universitäten müssen an diesem Prozess selbstverständlich mitwirken. Damit diese Mitwirkung auf Augenhöhe mit dem Ministerium stattfindet, ist folgendes erforderlich:

1. Im Kontext des Hochschulzukunftsprogramms erfolgte durch das MWWK eine Evaluation dieses Berichts und darauf aufbauend eine weitergehende Analyse der Hochschullandschaft, die zu besagter Entscheidung der Landesregierung führte. Diese Evaluation und ihre Folgeergebnisse sind den Universitäten zugänglich zu machen, damit sie in die weitere Betrachtung mit einfließen können.
2. Das MWWK ist gefordert, die von ihm festgestellten Chancen einer Zusammenführung klar und deutlich darzulegen. In gleicher Weise gilt dies ebenso für bereits erkannte Risiken. Die von den betroffenen Universitätsstandorte geäußerten Sorgen und Ängste müssen ernst genommen und entsprechend in der Risikobewertung des MWWK Eingang finden.

   Darauf aufbauend sind in den Augen des AStA die folgenden Punkte zwingend zu beachten:

3. Die Reputation der Technischen Universität Kaiserslautern darf während und vorbehaltlich einer Zusammenführung auch danach nicht leiden. Dies betrifft den Ruf einer forschungsstarken Universität sowie die Wertigkeit der wissenschaftlichen Abschlüsse; damit stets verbunden ist das hohe Ausbildungsniveau.
4. Zum Erreichen dieser Ziele im Zuge einer Zusammenführung ist eine adäquate Finanzierung notwendig. Diese umfasst die folgenden Bereiche:

   - Für den Standort Landau bedarf es einer erheblichen Zusatzfinanzierung. Die dortige Studiensituation ist etwa „von erhebliche[m] Raum- und Kapazitätsmangel“ geprägt und daher „nicht zukunftsfähig“, so der AStA Landau in einer früheren Stellungnahme. In einer zusammengeführten Universität dürfen und können die für den Standort Kaiserslautern vorgesehenen Mittel nicht zur Deckung der Unterfinanzierung des Standorts Landau herangezogen werden.
   - Für den Prozess der Umstrukturierung selbst ist eine solide und dauerhafte Finanzierung vorzusehen. Nur durch die Bereitstellung von entsprechenden Mitteln bzw. Stellen wird eine erfolgreiche organisationale Integration der beiden Standorte möglich sein, ohne die unzweifelhaft das gesamte Projekt einer Zusammenführung gefährdet wäre.
   - Weiterhin müssen für diesen Zeitraum und darüber hinaus auch zusätzliche Gelder für Forschung und Lehre bereitgestellt werden, um einer möglichen Entwicklungsdelle entgegenzuwirken (für Universität Duisburg-Essen haben Klumpp und Zelewski einen deutlich Rückgang der Forschungsdrittmittel über mehrere Jahre festgestellt), soll die Zusammenführung doch eigentlich Potentiale in Forschung und Lehre freisetzen. Damit könnten gleichzeitig auch gezielt standortübergreifende Projekte gefördert werden.